



Die Fotos auf dieser und den folgenden Seiten wurden von unserem Fotografen Mauricio Bustamante in einem SCHLACHTHOF und in einer Wurstfabrik aufgenommen – aber nicht in der, über die wir hier schreiben.

Dossier

Ausbeutung in der Wurstfabrik

Ein norddeutscher Recherchekrimi

TEXTE: GABRIELLA BALASSA,
ULRICH JONAS, BIRGIT MÜLLER
MITARBEIT: BENJAMIN LAUFER
SYMBOLFOTOS: MAURICIO BUSTAMANTE

Die Ausbeutung von osteuropäischen Wanderarbeitern durch Subunternehmer in deutschen Firmen ist leider nichts Außergewöhnliches mehr. Außergewöhnlich ist allerdings, was uns bei den Recherchen rund um die Zustände in einer norddeutschen Wurstfabrik passiert ist. Kurz bevor wir veröffentlichen wollten, dass Ungarn um Lohn betrogen und beim Wohnen abgezockt werden, bot uns die Geschäftsführung des Wurstherstellers Verhandlungen an. Sie stellte sogar Nachzahlungen in Aussicht – „aus karitativen Gründen“. Warum die Verhandlungen scheiterten und was wir danach erlebten, lesen Sie in diesem Recherchekrimi. Wir hätten gerne die Namen der Firmen genannt. Doch weil drohende Schadenersatzklagen schlimmstenfalls das Aus für Hinz&Kunzt bedeuten könnten, haben wir darauf verzichtet.

Die meisten hatten eine Anzeige gelesen: acht Euro Stundenlohn, Deutschkenntnisse nicht erforderlich, Wohnung wird gestellt.

Es sind regelrechte Hilferufe, die uns im Februar 2013 zum ersten Mal erreichen. Zahlreiche Ungarn beschwerten sich via Internet über ihre Arbeitsbedingungen auf dem Betriebsgelände eines norddeutschen Wurstherstellers. Sie arbeiten dort für Subunternehmer.

Die meisten hatten eine Anzeige im Internet gelesen: acht Euro Stundenlohn, Deutschkenntnisse nicht erforderlich, Wohnung wird gestellt. Dann die Realität in Norddeutschland: Sie sollen einen Vertrag unterzeichnen, dessen Inhalt sie nicht verstehen. Denn der Vertrag ist in deutscher Sprache verfasst. Es gibt keine Lohnabrechnungen, sondern Geld aus einer Plastiktasche. Mal 50 Euro, mal 100 Euro. Was die Wanderarbeiter nicht wissen: Sie unterschreiben keinen Arbeitsvertrag, sondern nur einen Werkvertrag, und gelten somit als Selbstständige.

Eine der geprellten Ungarn ist Viktoria, eine alleinerziehende Mutter. Schweren Herzens, sagt sie, hat sie den Job im Ausland angenommen und ihren Sohn bei der Oma gelassen. 1000 Euro netto im Monat wurden ihr versprochen. Sie hofft, damit genug Geld für sich und ihre Familie zu verdienen. Stattdessen bekommt sie pro Monat nur ein paar Hundert Euro ausbezahlt. Im Vertrag ist von acht Euro Stundenlohn

nicht mehr die Rede. Stattdessen: Acht Euro bekomme sie, wenn sie zehn Paletten mit Wurstpackungen beladen hat. Ein ganz mieser Stundenlohn, denn sie und ihre Kollegen brauchen dafür manchmal einen ganzen Tag.

Untergebracht sind die Ungarn in Wohnungen und Zimmern in den umliegenden Dörfern. Viktoria muss sich ein Dreibettzimmer mit zwei Unbekannten teilen, einem Mann und einer Frau. Das Zusammenleben ist schwierig, denn wer von der Nachtschicht kommt, weckt zwangsläufig den, der Spätschicht hatte und noch schläft. 320 Euro kostet die Unterkunft monatlich – pro Kopf! Mitten auf dem Land kassiert der Vermieter also 960 Euro für ein Zimmer.

Immerhin: Der Subunternehmer übernimmt wenigstens die Hälfte der Miete. Vermutlich hätte Viktoria die sonst auch nicht zahlen können. Denn sie bekommt oft so wenig Lohn, dass sie nicht weiß, wovon sie sich etwas zu essen kaufen soll. „Ich habe mich manchmal aus dem Müll ernährt“, sagt sie uns. Es fällt ihr sichtlich schwer, über das Erlebte zu sprechen. Wie ihr ein Vorarbeiter in die Knöchel getreten hat, wenn sie nicht gerade stand.

Nach drei Monaten ist Viktoria am Ende. „Ich spielte mit dem Gedanken an Selbstmord“, sagt die 43-Jährige. Im Februar 2013, als wir erstmalig mit den Hilferufen der Arbeiter konfrontiert werden, kehrt sie nach Ungarn zurück. „Meine Familie hat mir schließlich Geld geschickt, sonst wäre ich nach Hause gelaufen.“ Von derartigen Dramen wollen weder die Kollegen der Stammbegschaft noch die Geschäftsleitung etwas mitgekomen haben. Erst im Mai 2013 trennt sich der Wursthersteller von seinem Subunternehmer. Warum so spät? „Ernstzunehmende Hinweise auf Probleme hatten uns zuvor nicht erreicht“, sagt die Geschäftsführung.

Nach drei Monaten war Viktoria am Ende. „Ich spielte mit dem Gedanken an Selbstmord“, sagt die 43-jährige Ungarin.

Das stimmt nicht. Es stand und steht sogar der Verdacht auf Schwarzarbeit im Raum. Bereits im Dezember 2012 hatte ein privater Arbeitsvermittler in einer E-Mail an die Geschäftsleitung des Wurstherstellers darauf hingewiesen, dass Arbeiter „von Ihrem Auftragnehmer ... nicht ordnungsgemäß angemeldet“ wurden. Seine Schlussfolgerung: „Also liegt hier Schwarzarbeit in einem nicht unwesentlichen Maße vor.“

In der Wurstindustrie gibt es bislang noch große STAMMBEGSCHAFTEN. Das ist in den Schlachthöfen schon nicht mehr der Fall. Dort wurden in großem Stil Fachkräfte durch osteuropäische Arbeiter ersetzt, die nur Dumpinglöhne bekommen.



Außerdem gehen mehrere Ungarn im Dezember 2012 zur Polizei. In ihrer Anzeige beklagen sie vorenthaltenen Lohn und fehlende Sozialversicherung. Papiere seien ihnen abgenommen, sie selbst bedroht worden: „Wir haben eure Pässe, wir wissen, wo eure Familien wohnen, wir kommen dann!“ Zeitgleich wird auch der Zoll informiert, zuständig für den Kampf gegen Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug. Doch die Behörde bleibt zunächst tatenlos: Es bestehe „noch kein hinreichender Anfangsverdacht“, schreibt sie in einer Mail. Erst rund sechs Wochen später, im Januar 2013, erscheinen Mitarbeiter des Zolls in der Wurstfabrik – und finden alles in bester Ordnung.

Wo waren die Schwarzarbeiter? Mehrere Ungarn erzählen uns, dass sie genau an den Tagen, an denen der Zoll auf dem Gelände der Wurstfabrik war, nicht zur Arbeit kommen sollten. Wir bekommen Arbeitszeitprotokolle von Arbeitern. Und tatsächlich: Die Fehltageliste stimmt mit den Daten der Zollkontrolle überein. Wer den Subunternehmer vorgewarnt hat, ist bis heute ungeklärt. Der Wursthersteller wusste laut eigener Aussage nichts von der bevorstehenden Zollprüfung. Der Zoll selbst will sich zu dieser und weiteren Fragen nicht äußern. Diese Informationen „unterliegen dem Steuer- und Sozialdatenschutz“, so die lapidare Antwort.

Unangenehm wird es für den Wursthersteller erst im Mai 2013. Eine ungarische Tageszeitung berichtet über die Klagen der Fabrikarbeiter. Da geht es dann ganz schnell: Die Geschäftsführung beendet die Zusammenarbeit mit dem dubiosen Subunternehmer.

Am Pfingstsonntag 2013 tritt ein neuer Dienstleister auf den Plan, eine bundesweit tätige Unternehmensgruppe. Wanderarbeiter aus Osteuropa werden nun über deren Firmen angestellt. Aber zu denen haben wir keinen Kontakt. Zunächst jedenfalls.

Die Geschichte der geprellten Ungarn wollen wir aber trotzdem veröffentlichen. Im November nehmen wir deshalb Kontakt zum ehemaligen Subunternehmer auf, der den Ungarn noch Lohn schuldig ist, und zum Wursthersteller.

Normal: Der Subunternehmer sieht keinen Grund für Nachzahlungen. Wir wissen, dass diese Firma unseriös ist: Wochenlang hat sie Arbeiter nicht angemeldet, nicht einmal krankenversichert, Lohnabrechnungen wurden – wenn überhaupt – erst nachträglich erstellt.

Die Geschäftsführung des Wurstherstellers reagiert erst mal gar nicht. Was dann passiert, ist sehr bizarr. Der Betriebsrat ruft an. Ausgerechnet das Gremium, das sich um die Belange der Arbeiter kümmern sollte. Ob wir nicht auf eine Berichterstattung verzichten könnten, bittet er. Er und die Stammebelegschaft sehen sich in der Opferrolle: Bei negativer Presse stünden Hunderte von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Kein Wort des Bedauerns wegen der ungarischen Kollegen und dem, was ihnen widerfahren ist. Nicht einmal das Versprechen, sich in Zukunft besser zu kümmern. Vielleicht verständlich: In der Fleischindustrie – und das wird in der Wurstindustrie vermutlich bald auch so sein – wird immer öfter die ausgebildete und teurere Stammebelegschaft durch Wanderarbeiter mit Dumpinglöhnen ersetzt. Bei diesem Überlebenskampf kann keine Solidarität entstehen – was den Abbau der Stammebelegschaften allerdings eher beschleunigen dürfte. Wir wollen natürlich trotzdem unsere Geschichte schreiben.

Wir gehen gern auf Verhandlungen mit dem Wursthersteller ein. Vielleicht ändert sich dann die Situation für die ungarischen Mitarbeiter.

Unsere Absage hat der Betriebsrat offensichtlich sofort an seine Chefs weitergeleitet. Denn jetzt meldet sich doch noch die Geschäftsführung. Besser gesagt, ein Anwalt. Der bietet unserem Anwalt an, Verhandlungen zu führen. Was man denn tun müsse, damit der Name des Unternehmens nicht genannt werde? Vielleicht, so lässt der Anwalt durchblicken, habe man ja tatsächlich „einen Fehler“ gemacht. Und wenn den Ungarn noch Geld zustehe, dann sei man unter Umständen bereit, die Kosten zu übernehmen – „aus rein karitativen Gründen“. Rechtlich sei man dazu ja nicht verpflichtet. Der Mann hat recht. Einem Unternehmer ist es erlaubt, auf seinem Gelände Subunternehmer zu beschäftigen. So sollen saisonale Spitzen aufgefangen werden, ohne gleich neue Mitarbeiter einstellen zu müssen. Aber genutzt wird diese Möglichkeit oft, um Kosten und Löhne zu drücken. Die Verantwortung dafür haben dann die Subunternehmer – und zwar allein. Denn in der Regel haften nur die Subunternehmer, der Auftraggeber behält seine weiße Weste.

Ja, wir gehen gern auf die Verhandlungen ein. Es scheint uns der einzige Weg, wie die Ungarn vielleicht doch noch zu



Werkverträge sind dafür da, klar umgrenzte Arbeiten auslagern zu können, Auftragsspitzen abzufangen – und ganz klar: um GELD zu sparen. Wenn der Subunternehmer seine Arbeiter ausbeutet, trägt der Auftraggeber dafür bislang – juristisch – keine Verantwortung.

ihrem Geld kommen könnten. Immerhin geht es um rund 100 Menschen. Und wir hegen die leise Hoffnung, dass die Geschäftsführung in Zukunft tatsächlich darauf achten wird, wie die Arbeiter auf ihrem Betriebsgelände behandelt werden. Nicht aus juristischen Gründen, sondern aus moralischen.

Wir hätten ahnen können, dass unsere Hoffnung enttäuscht wird. Denn nicht nur ein bekannter Medienanwalt verhandelt im Namen des Unternehmers, sondern auch ein Mann, der berühmt-berüchtigt ist. Aus Überzeugung vertritt er nur Arbeitgeber, was an sich ja nichts Ehrenrühriges ist. Aber seine Spezialgebiete sind der Ausstieg aus Tarifverträgen und die Kündigung von sogenannten Unkündbaren wie Schwangeren, Betriebsräten und Behinderten.

Die Summe, die der Wursthersteller seinem Subunternehmer zahlt, reicht jedenfalls nicht, um ordentliche Löhne zu zahlen.

Es folgen wochenlange zähe Verhandlungen. Interessant für uns: Auch der Wursthersteller sieht sich als Opfer. Das Unternehmen hat nur wenige große Auftraggeber. Bei schlechter Presse würden die womöglich die Verträge kündigen. Der Wursthersteller stehe deshalb unter enormem Druck. Die Auftraggeber wiederum sind bekannt dafür, dass sie Einkaufspreise drücken, wo es nur geht.

Diesen Druck gibt der Wursthersteller ungebremst an seine Subunternehmer weiter: Die Summe, die er seinem Dienstleister bezahlt – und die uns die Geschäftsführung vielleicht aus Versehen nennt –, reicht jedenfalls nicht, um ordentliche Löhne zu zahlen. Es sei denn, die Subunternehmer hätten ehrenamtlich gearbeitet.

Das Mitgefühl für die geprellten Ungarn hält sich beim Wursthersteller deutlich in Grenzen. Die Geschäftsführung will nur die Lohnabrechnungen ihres ehemaligen Subunternehmers und sein Zeiterfassungssystem heranziehen, um Ansprüche der Ungarn zu berechnen. Wir fordern: Die Aussagen der Betroffenen darüber, wie viel sie tatsächlich gearbeitet haben, müssen mindestens gleichwertig berücksichtigt werden. Denn mehrere Ungarn hatten berichtet, dass die Subunternehmer regelmäßig Stunden unter den Tisch fallen ließen. Und dass die Chips, die ihre Arbeitszeit erfassen sollten, nicht immer funktioniert hätten. Das wischt der Wursthersteller vom Tisch. Eigene Nachforschungen hätten „nur in geringem Umfang Fehler bei den Lohnabrechnungen ergeben“. 18 Beschäftigte habe man sogar selbst übernommen ... Keine Rede mehr davon, dass man einen Fehler gemacht habe. Eine Ver-

einbarung darüber, wie man künftig die Ausbeutung von Arbeitern verhindern könne, kommt für den Wursthersteller schon gar nicht in Frage. Da haben wir die Faxen dicke und brechen die Verhandlungen Anfang Januar 2014 ab.

Bela übernimmt den Fahrdienst vor und nach der Schicht. Manchmal ist er von morgens 4 Uhr bis nachts auf den Beinen.

Wir sind frustriert: Wir haben für die geprellten Ungarn nichts gewonnen und wertvolle Zeit verloren. Aber schon ein paar Tage später wenden sich wieder Arbeiter an uns. Sie sind bei dem neuen Subunternehmer des Wurstherstellers beschäftigt. Einer von ihnen ist Bela (Name geändert, Red.). Auch er kam über ein Inserat nach Deutschland. Versprochen wurden ihm: 8,60 Euro, Deutschkenntnisse nicht erforderlich, Unterkunft in der ersten Zeit frei. Auch er musste einen Vertrag unterzeichnen, dessen Inhalt er nicht verstand. Was er allerdings sah: dass da plötzlich ein Stundenlohn von nur 6,80 Euro auftauchte. Untergebracht wurde er erst in einem überfüllten Haus, dann mit drei anderen in einer Kellerwohnung. Dafür wurden ihm 300 bis 350 Euro monatlich vom Lohn abgezogen. „Gesagt wurde mir das vorher nie“, sagt Bela.

Nie kam er über 550 Euro, obwohl er Vollzeit und mehr arbeitete. Der Gipfel: Zusätzlich zu seinen Schichten übernimmt er noch den Fahrdienst, holt mit einem Firmenwagen die Kollegen vor der Schicht ab und bringt sie danach wieder nach Hause. An manchen Tagen ist er von 4 Uhr morgens bis nachts auf den Beinen. Ab und zu schläft er sogar im Auto, weil es sich nicht lohnt, in die Unterkunft zu fahren. Aber die Fahrzeiten tauchen in seiner Lohnabrechnung nicht auf und werden nie bezahlt. Stattdessen werden ihm noch monatlich 75 Euro abgezogen – für den Fahrservice.

In der Kantine des Wurstherstellers wurde der Lohn ausbezahlt. „Ich habe Männer und Frauen weinen sehen, weil sie so wenig Geld verdient hatten, trotz harter Arbeit“, sagt Bela. Aber das Geld allein ist es nicht, was ihn und die anderen so fertig macht. „Es geht mir darum, wie wir behandelt wurden“, sagt der ehemalige Kneipenwirt. „Wir wurden jeden Tag erniedrigt. Jeden Tag wirst du als Mensch gebrochen, es wird dir gezeigt, dass du nichts wert bist!“

Genau das ist der Grund, warum wir die Geschichte von Viktoria, Bela und den anderen erzählen. Weil wir finden, dass kein Mensch eine derartige Behandlung verdient hat. Inzwischen sollen in der Fabrik auch Rumänen arbeiten – für vier Euro die Stunde. ●



Ab Juli gilt in der deutschen Fleischbranche ein MINDESTLOHN. Dann soll jeder Arbeiter mindestens 7,75 Euro brutto die Stunde verdienen. Wie notwendig Kontrollen sein werden, zeigt diese Geschichte. Denn längst tüfteln Arbeitgeber an Wegen, die Lohnuntergrenze zu umgehen...



Bei 334 Euro monatlich liegt der Mindestlohn für einen Vollzeitjob in UNGARN. Da erscheinen selbst Dumpinglöhne hierzulande attraktiv.

Ausbeutung mit System

Die Ausbeutung osteuropäischer Wanderarbeiter in einer norddeutschen Wurstfabrik hat System. Bei genauem Hinsehen offenbaren sich dubiose Firmengeflechte und Praktiken, die an der Seriosität der beteiligten Unternehmen zweifeln lassen.

In der Fabrik des Wurstherstellers arbeiten neben eigenen Mitarbeitern auch Menschen aus Osteuropa, die für Subunternehmen auf dem Gelände tätig sind. Das sei nötig, um „saisonale Schwankungen“ auszugleichen, sagt der Wursthersteller. Was er nicht sagt: So spart man Geld – und schiebt die Verantwortung für Mitarbeiter an andere ab. Rein rechtlich ist das völlig in Ordnung: Jedes Unternehmen darf jederzeit Firmen per Werkvertrag mit Arbeiten in seiner Fabrik beauftragen. Und muss sich nicht darum kümmern, unter welchen Bedingungen und zu welchen Löhnen die Menschen dort arbeiten.

Im Februar 2013 werden wir erstmals auf den Wursthersteller aufmerksam. Zahlreiche osteuropäische Arbeiter beschwerten sich im Internet über die Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Sie sind über die Subunternehmen A und B beschäftigt. Später wird der Wursthersteller behaupten, mit der Firma A nie etwas zu tun gehabt zu haben. Doch ob A oder B: Die Fäden laufen bei drei Personen zusammen, von denen zwei im Lauf der Zeit Geschäftsadresse und Rolle verändern und einer gar für beide Firmen in Erscheinung tritt. Dubios.

Zunächst erhalten Arbeiter nicht mal Arbeits-, sondern nur Werkverträge. Sie sind also nicht angestellt, sondern scheinbar selbstständig. Krankenversichert werden sie erst Wochen, nachdem sie mit der Arbeit in der Wurstfabrik begonnen haben. Der wenige Lohn, den sie bekommen, wird ihnen bar aus einer Plastiktasche bezahlt. Eine Arbeiterin berichtet Hinz&Kunzt, sie habe sich aus dem Müll ernähren müssen, weil sie kein Geld hatte, um sich etwas zu essen zu kaufen (siehe Seite 15).

Schwarzarbeit beim Subunternehmer

Im Mai 2013 trennt sich der Wursthersteller von der Firma B – allerdings mit ordentlicher Verspätung: Bereits am 6. Dezember 2012 nämlich hat ein privater Arbeitsvermittler in einer E-Mail an die Geschäftsleitung des Wurstherstellers darauf hingewiesen, dass Arbeiter „von Ihrem Auftragnehmer ... nicht ordnungsgemäß angemeldet“ wurden. Seine Schlussfolgerung: „Also liegt hier Schwarzarbeit in einem nicht unwesentlichen Maße vor.“

Außerdem erstatten mehrere Ungarn im Dezember 2012 eine Anzeige bei der Polizei. Darin beklagen die Arbeiter vorerhaltenen Lohn, fehlende Sozialversicherung und ungeklärten Sozialstatus. Ihre Papiere seien ihnen abgenommen, sie selbst von Mitarbeitern des Subunternehmers bedroht worden: „Wir haben eure Pässe, wir wissen, wo eure Familien wohnen, und wir kommen dann!“

Vor Zollkontrolle gewarnt?

Zeitgleich wird auch der Zoll informiert, zuständig für den Kampf gegen Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug. Doch die Behörde bleibt zunächst tatenlos: Es bestehe „noch kein hinreichender Anfangsverdacht“, schreibt sie in einer Mail. Erst rund sechs Wochen später erscheinen Mitarbeiter des Zolls in der Wurstfabrik – und finden alles in bester Ordnung.

Wo waren die Schwarzarbeiter? Mehrere Ungarn erzählen uns, ihnen sei im Januar 2013 gesagt worden, dass sie in der Folgewoche zwischen Montag und Mittwoch nicht in den Bus steigen dürften, der die Arbeiter täglich zur Fabrik brachte. In diesen drei Tagen rechne man mit der Kontrolle des Zolls. Wie ihre Arbeitgeber im Voraus von der Zollkontrolle erfahren haben, wissen die Ungarn nicht – nur dass sie sehr präzise vorausgesagt wurde. Arbeitszeitprotokolle von Wanderarbeitern bestätigen das Erzählte: Die Fehltag stimmen mit den Daten der Zollkontrolle überein. Von den Ungarn mit deutscher Präzision dokumentiert.

Das zuständige Hauptzollamt will auf Hinz&Kunzt-Nachfrage nicht beantworten, ob sich die Kontrolleure bei der Wurstfabrik angekündigt haben oder nicht und ob es seitdem weitere Prüfungen gegeben hat. Diese Informationen, so die lapidare Begründung, „unterliegen dem Steuer- und Sozialdatenschutz“. Der Wursthersteller behauptet, die Zollfahnder hätten sich nicht angemeldet. Wer hat die Subunternehmer vorgewarnt?

Neuer Subunternehmer nach Medienbericht

Erst als im Mai 2013 eine ungarische Tageszeitung über die Klagen der Fabrikarbeiter berichtet, beendet der Wursthersteller die Zusammenarbeit mit den dubiosen Subunternehmern. Warum reagiert die Geschäftsleitung erst jetzt, obwohl sie bereits im Dezember 2012, also fünf Monate zuvor, auf mögliche



Schickt ein Subunternehmer Arbeiter in eine Wurstfabrik, müssen diese spätestens am ersten Arbeitstag bei der Rentenversicherung gemeldet werden. SCHWARZARBEIT und Sozialbetrug sollen so verhindert werden. Unsere Recherchen zeigen: In der Praxis nehmen es die Behörden nicht so genau.

Verloren im Paradies

Die miesen Arbeitsbedingungen bei Firmen, die für den Wursthersteller tätig sind, treiben Wanderarbeiter in die Verzweiflung. Zwar soll ab Juli ein Mindestlohn für die Branche eingeführt werden. Doch zeigt die Geschichte von Bela, wie Arbeitgeber diesen mit Tricks umgehen können.

Schwarzarbeit sowie Sozialversicherungsbetrug hingewiesen wurde? Das Unternehmen erklärt dazu: „Ernstzunehmende Hinweise auf Probleme hatten uns zuvor nicht erreicht.“

Am Pfingstsonntag 2013 tritt ein neuer Dienstleister auf den Plan, eine bundesweit tätige Unternehmensgruppe. Wanderarbeiter aus Osteuropa werden nun über deren Firmen angestellt. Zumindest für manche Arbeiter verbessert sich dadurch nur wenig: Mehrere Ungarn beklagen gegenüber Hinz&Kunzt falsche Versprechungen, schlechte Bezahlung und respektlosen Umgang. Ein Ungar berichtet: „Ich habe Männer und Frauen weinen sehen, weil sie so wenig Geld verdienten trotz harter Arbeit.“ (siehe folgenden Bericht).

Verhandlungen mit dem Wursthersteller

Seit einem Jahr recherchiert Hinz&Kunzt zu den Bedingungen, unter denen Wanderarbeiter in der Wurstfabrik arbeiten. Was verdienen die Beschäftigten der Subunternehmen, die für den Wursthersteller arbeiten? Wie stellt das Unternehmen sicher, dass die Fremdfirmen die Menschen anständig bezahlen und behandeln? Das fragt Hinz&Kunzt im November 2013 die Geschäftsleitung des Wurstherstellers. Erst auf eine zweite Nachfrage meldet sich der Betriebsrat. Ob man nicht darüber reden könne, auf die Veröffentlichung zu verzichten. Wenn ein Bericht erscheine, in dem der Name des Wurstherstellers genannt werde, würden dessen Kunden die Aufträge kündigen. Mehrere hundert Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Einen Tag später treten mehrere Rechtsanwälte auf den Plan und bieten Verhandlungen an. Was man denn tun müsse, damit der Name des Unternehmens nicht genannt werde, fragt einer von ihnen. Und erklärt: Aus „karitativen Beweggründen“ könne sich das Unternehmen durchaus vorstellen, Betroffenen Geld zu zahlen, sofern sie um Lohn betrogen worden sein sollten.

Darüber sind wir sehr froh: Wir hoffen, dass der Wursthersteller ein Zeichen setzen und dafür sorgen wird, dass künftig in seinem Betrieb kein Arbeiter mehr ausgebeutet wird.

Berühmter Anwalt wird eingeschaltet

Wir hätten ahnen können, dass unsere Hoffnung enttäuscht wird. Denn nicht nur ein bekannter Medienanwalt verhandelt im Namen der Unternehmerin, sondern auch ein weiterer, der aus Überzeugung nur Arbeitgeber vertritt. Seine Spezialgebiete sind der Ausstieg aus Tarifverträgen und die Kündigung von sogenannten Unkündbaren wie Schwangeren, Betriebsräten und Behinderten.

Es folgen mehrwöchige Verhandlungen, die Hinz&Kunzt Anfang Januar 2014 schließlich abbricht. Der Wursthersteller will allein die Lohnabrechnungen seines ehemaligen Subunternehmers und sein Zeiterfassungssystem heranziehen, um Ansprüche der mindestens 116 Ungarn zu berechnen, die für die Firmen A und B gearbeitet haben. Hinz&Kunzt fordert dagegen erfolglos, die Aussagen der Betroffenen darüber, wie viel sie gearbeitet haben, müssten mindestens gleichwertig berücksichtigt werden. Denn mehrere Ungarn berichten, dass die Subunternehmer regelmäßig Stunden unter den Tisch fallen ließen. Und dass die Chips, die ihre Arbeitszeit erfassen sollten, nicht immer funktioniert hätten.

Der Wursthersteller erklärt dazu, Nachforschungen hätten „nur in geringem Umfang Fehler bei den Lohnabrechnungen ergeben“. Dennoch habe sich das Unternehmen nach dem Ende der Zusammenarbeit „jenseits rechtlicher Pflichten ... um die Belange dieser Mitarbeiter gekümmert“. 18 Beschäftigte habe der Wursthersteller sogar selbst übernommen. Wir finden: Das reicht nicht. Noch schlimmer aber: Im Januar 2014 erheben erneut ungarische Wanderarbeiter Vorwürfe – gegen derzeitige Subunternehmen des Wurstherstellers. ●

Als Bela (*Name geändert*) an einem Abend im September 2013 die ungarischen Stellenbörsen im Internet durchsucht, stößt er dabei auf ein attraktiv klingendes Angebot: angelernte Arbeit in der deutschen Fleischindustrie, Stundenlohn 8,60 Euro, Deutschkenntnisse nicht erforderlich, Unterkunft wird gestellt. Welcher Arbeitgeber hier Mitarbeiter sucht, steht in der Anzeige nicht. Als Kontakt ist eine Telefonnummer angegeben. Bela ruft an. Der 39-Jährige sucht dringend einen Job. Zuletzt hat er in der ostungarischen Stadt Miskolc eine Gastwirtschaft betrieben. Doch in der verarmten ehemaligen Hochburg der Schwerindustrie gibt es nur wenige, die sich einen Kneipenbesuch leisten können. Er musste schließen und hofft auf eine bessere Zukunft in Deutschland.

Zunächst sieht es nach dieser auch aus: Unter der angegebenen Nummer meldet sich ein Landsmann, der freundlich und vertrauenswürdig klingt. Bela erfährt, dass er die ersten 45 Tage für die Unterkunft nicht zahlen müsste, wenn er sich für den Job in Deutschland entschließt. Sein Arbeitgeber würde auch alle Formalitäten erledigen, etwa Steuerfragen oder die Einrichtung eines Bankkontos. Deutsch müsse er nicht können, sagt der Mann am Telefon. Er würde bei einem altingesessenen Unternehmen arbeiten. Bela geht davon aus, dass er direkt bei einer Wurstfabrik angestellt werden wird. Dass sein künftiger Arbeitgeber ein Subunternehmen sein wird, sagt der Mann nicht.

Das Jobangebot überzeugt Bela: Nach mehreren Telefonaten macht er sich am 19. September 2013 auf die lange Reise nach Deutschland. Nach 14 Stunden Fahrt erreicht er Hamburg. Zwei Landsleute begleiten ihn, sie finden das Angebot ebenfalls verlockend. Sie würden vom Bahnhof abgeholt, hatte der Mann am Telefon gesagt. Doch als die drei aus dem Zug steigen, ist niemand da. Das Handy ihres Ansprech-

partners ist ausgeschaltet. Erst nach eineinhalb Stunden Warten erhalten sie eine SMS mit einer Adresse im Hamburger Osten, zu der sie kommen sollen. Was am Telefon noch so gut klang, erscheint plötzlich sehr merkwürdig.

Hinter der angegebenen Anschrift verbirgt sich ein zweistöckiges Haus. In den vier Zimmern sind etwa 30 Menschen untergebracht, die auf Matratzen auf dem Boden schlafen. Frauen und Männer wohnen gemischt, pro Stockwerk gibt es ein Badezimmer. Nur eine Matratze ist noch frei. Bela und seine Landsleute sind empört. Seine erste Nacht in Deutschland verbringt er sitzend auf einem Küchenstuhl. Erst am Abend des folgenden Tages kommt eine Ungarin, offenbar ei-

Es ist kein Zufall, dass die MENSCHEN, die in Wurst- oder Fleischfabriken arbeiten, selten in Medien zu sehen sind. Denn wer öffentlich über die Bedingungen in der Branche redet, ist seinen Job meist los.





Was sich in der Fleischbranche abspielt, bezeichnen manche als „Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft“. 2011 verabschiedete die Europäische Union eine Richtlinie, um Opfer von MENSCHENHANDEL besser zu schützen. Deutschland hat diese Richtlinie nicht umgesetzt.

ne Mitarbeiterin des künftigen Arbeitgebers, und fährt die drei Männer zu einem Haus am Rande eines Dorfes. Ihr neues Zuhause ist eine Kellerwohnung.

Wird wenigstens die Arbeit so sein, wie es Bela versprochen wurde? Einige Tage später werden die Männer von ihrer Unterkunft abgeholt und in eine norddeutsche Kleinstadt gebracht. Das Büro ihres künftigen Arbeitgebers liegt nur wenige Meter von der Fabrik des Wurstherstellers entfernt. Rund 20 Ungarn stehen vor der Tür, erinnert sich Bela. Die Bewerber werden in zwei Gruppen aufgeteilt und in einen Raum gerufen. Dort bekommen sie Arbeitsverträge vorgelegt, die in deutscher Sprache verfasst sind. „Übersetzt wurden sie uns nicht, obwohl wir den Inhalt nicht verstanden“, sagt Bela. „Mitnehmen durften wir sie auch nicht, solange wir nicht unterschrieben hatten. Wir sollten gleich unterschreiben. Das machten wir auch, weil wir Angst hatten, sonst nicht den Job zu bekommen.“ Die Angst erscheint berechtigt, denn laut Bela ist ein unmissverständlicher Satz gefallen: „Wem das nicht gefällt, der kann nach Hause fahren.“

Das passt zum schlechten Ruf der deutschen Fleischindustrie: Seit Jahren berichten Medien immer wieder über Arbeiter aus Ost- und Südosteuropa, die von Sub- und Sub-Subunternehmen mit geringen Löhnen abgespeist und in überbezahlten Unterkünften untergebracht werden. Das miserable Image dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die

Branche kürzlich mit der zuständigen Gewerkschaft einen Mindestlohn vereinbart hat. Ab Juli soll jeder Arbeiter mindestens 7,75 Euro brutto die Stunde verdienen. Ob die Arbeitsbedingungen in den Fabriken sich dadurch verbessern werden?

Die Geschichte von Bela zeigt, wie der neue Mindestlohn unterlaufen werden könnte. In seinem Arbeitsvertrag – das sieht er sofort – steht ein anderer Lohn als der, der ihm versprochen wurde: von 6,80 Euro brutto (plus möglichem 1 Euro Prämie) ist die Rede und nicht mehr von 8,60 Euro. Doch soll deshalb die ganze Reise umsonst gewesen sein? Es kommt noch schlimmer: Als er Mitte November 2013 – zu diesem Zeitpunkt arbeitet Bela schon rund sieben Wochen in der Fabrik – seine Lohnabrechnung für den Oktober erhält, entdeckt er, dass ihm sein Arbeitgeber 300 Euro „Fremdmiete“ für das Bett in einer Kellerwohnung abgezogen hat. „Gesagt wurde mir das vorher nie“, versichert Bela. Und wurde ihm nicht am Telefon erklärt, die ersten 45 Tage müsse er nichts für die Unterkunft bezahlen? Ab November kassiert sein Arbeitgeber sogar 350 Euro monatlich von ihm ein – für ein Bett in einer Kellerwohnung, die der Ungar sich mit drei Landsleuten teilt.

Im Ergebnis bekommt Bela monatlich gerade mal 400 bis 550 Euro ausbezahlt – obwohl er nach eigenen Angaben in Vollzeit gearbeitet hat. Anderen Arbeitern geht es offenbar

ähnlich: „Ich habe Männer und Frauen weinen sehen, weil sie so wenig Geld verdient hatten trotz harter Arbeit.“

Der Weg von den Unterkünften zum Job ist weit. Die Arbeiter sind auf verschiedenen Dörfern untergebracht. Da sie im Schichtdienst arbeiten, brauchen sie jemanden, der sie zur Fabrik und zurück fährt. Eine mitunter zeitaufwändige Reise. „Manche mussten sich um 12 Uhr in den Kleinbus setzen, um zu Beginn der Spätschicht um 14.30 Uhr in der Fabrik zu sein“, berichtet Bela. Anfang November häufen sich die Klagen. Die Fahrer seien schlecht und unzuverlässig, heißt es. Also fragt eine Vorarbeiterin, ebenfalls eine Ungarin: „Wer hat einen Führerschein und kann den Fahrdienst übernehmen?“ Bela meldet sich.

Dieses Engagement wird er später bereuen. Denn seine Mehrarbeit wird ihm nicht bezahlt. Ab der zweiten Novemberwoche bis kurz vor Weihnachten, sagt er, war er unter der Woche fast jeden Tag und manchmal auch sonnabends mindestens drei Stunden lang als Fahrer unterwegs – in einem Auto, das ihm der Arbeitgeber extra zu diesem Zweck zur Verfügung stellte. Wie er dafür bezahlt werde, sei nicht gesagt worden, so Bela. „Doch dass ich dafür was bekomme, schien mir selbstverständlich. Schließlich habe ich den Firmenwagen benutzt.“ Immer wieder fragt er deswegen bei der Vorarbeiterin nach. Und immer wieder sagt die: „Das besprechen wir noch.“ Oder: „Wir regeln das, keine Sorge.“ Stattdessen muss Bela Mitte Dezember erkennen, dass er nicht nur nichts bekommt für seine Arbeit als Fahrer. Im Gegenteil: Sein Arbeitgeber zieht ihm sogar noch 75 Euro monatlich „Kostenbeteiligung“ für den Fahrdienst ab – obwohl er selbst der Fahrer ist.

Bela Aufwand ist gewaltig. Zwar teilt er sich den Job als Fahrer – den er zusätzlich zu seiner Arbeit in der Fabrik macht – mit einem Kollegen. Doch da die beiden nur einen Kleinbus zur Verfügung gestellt bekommen, müssen sie die Fahrten oft gemeinsam erledigen. „Wenn er die Frühschicht fuhr und ich die Spätschicht, musste ich mit ihm früh aufstehen und mitfahren, weil ich den Bus von der Fabrik wieder zu meiner Unterkunft mitnehmen musste, um mit ihm mittags die Arbeiter, die Spätschicht hatten, von ihren Unterkünften einzusammeln.“ An manchen Tagen ist Bela von morgens 4 Uhr bis nachts auf den Beinen. Ab und zu schläft er sogar im Auto, denn es lohnt sich nicht, für die kurze Zeit ins Bett zu gehen. Wenn Mehrarbeit anfiel, sei er auch mal fünf Stunden unterwegs gewesen, so Bela. „Dann fuhr ich erst Arbeiter nach Hause, die keine Überstunden leisten mussten, und später noch die, die länger gearbeitet hatten.“ All diese Zeiten seien ihm nie als Arbeitszeiten berechnet und bezahlt worden.

Kurz vor Weihnachten ist für Bela das Maß voll. Die Vorarbeiterin hatte ihm fest versprochen, er dürfe über die Feiertage zu seiner Familie fahren. „Ich hatte bereits die Geburts-

tage meiner Frau und meines kleinen Sohnes nicht in Ungarn verbringen können“, sagt Bela. „Deshalb war mir das sehr wichtig.“ Auch einige Kollegen bekommen Urlaub in Aussicht gestellt. Doch dann sagt die Vorarbeiterin wenige Tage vor der geplanten Abreise plötzlich: „Nein. Ihr bleibt hier. Wer fährt, ist gekündigt!“ Bela ist empört. Da er ohnehin Rückenprobleme hat, geht er zu einem Arzt, lässt sich krankschreiben und fährt in die Heimat.

„Ich bin zwei Wochen geblieben, weil ich wusste, dass ich eine Kündigung bekomme“, sagt er. Und so kommt es auch: Das Subunternehmen hat ihm am 8. Januar 2014 fristlos zum 10. Januar 2014 gekündigt – obwohl sein Arbeitsvertrag eine Kündigungsfrist von zwei Wochen vorsieht. Er könne wieder anfangen, wenn er sich persönlich entschuldige, lässt ihm die Vorarbeiterin über einen Arbeitskollegen ausrichten.

Doch Bela will nicht zurück. Es gehe ihm nicht nur ums Geld, sagt er rückblickend. „Es geht mir darum, wie wir behandelt wurden. Wir wurden Tag für Tag erniedrigt. Ständig hieß es: ‚Schneller, schneller!‘ Wenn du auf Toilette wolltest, gab es eine Bemerkung. Wenn du was kritisiert hast, hieß es: ‚Geh doch, wenn es dir nicht passt.‘ Jeden Tag wirst du als Mensch gebrochen, es wird dir gezeigt, dass du nichts wert bist.“

Jetzt sucht Bela verzweifelt neue Arbeit. Der Ungar hat noch 50 Euro überwiesen bekommen. Auf eine Schlussabrechnung und die Erstattung der 75 Euro Pfand, die das Subunternehmen ihm für Chip und Arbeitskleidung abgezogen hat, wartete Bela noch Anfang März. ●

Knapp 35 KILOGRAMM Wurst und Fleisch pro Jahr kauft ein deutscher Privathaushalt im Durchschnitt ein. Was die Hersteller an diesem Geschäft verdienen, behalten sie lieber für sich.



8 Euro pro Tag am Fließband

Die Ungarin Viktoria hat erlebt, wie es vor gut einem Jahr im Inneren der Wurstfabrik zuging. Sie hatte sich von der Arbeit dort eine bessere Zukunft erhofft – ein folgenschwerer Irrtum.

TEXT: GABRIELLA BALASSA

Sie wollte für sich und ihren elfjährigen Sohn eine Zukunft aufbauen – und erlebte einen wahren Albtraum. Viktoria hat ihr Glück in Deutschland gesucht. Heute lebt die Alleinerziehende wieder in Ungarn und muss mit ihrem Kind in der erdrückend engen Ein-Zimmer-Wohnung der Oma wohnen. Ihre eigene Wohnung ist zwangsversteigert worden, und die gelernte Rettungssanitäterin findet keine Arbeit. So wie vor ihrer Abreise nach Deutschland.

Es fällt der 42-Jährigen sichtlich schwer, über das Erlebte zu sprechen. Wie ihr ein Aufseher in der Wurstfabrik in die Knöchel getreten hat, als sie am Fließband nicht gerade stand. Wie sie aus Verzweiflung den Müll nach Essbarem durchwühlte. Und wie sie nach drei Monaten endlich nach Hause fahren konnte. „Ich spielte mit dem Gedanken an Selbstmord“, sagt sie. „Meine Familie hat mir schließlich Geld geschickt. Sonst wäre ich nach Hause gelaufen.“

Das verlockende Angebot „Mitarbeiter für deutsche Fleischfabrik gesucht, Deutschkenntnisse nicht erforderlich, Wohnung wird gestellt, Stundenlohn 8 Euro“. Seit der Wirtschaftskrise schalten Arbeitsvermittler täglich Dutzende verlockende Jobangebote in ungarischen Medien. Auch Viktoria macht sich Anfang November 2012 auf den Weg. Ihr Kind lässt sie schweren Herzens zurück. Für seine Zukunft fährt sie in eine norddeutsche Kleinstadt. Ein Arbeitsvermittler aus dem Saarland hat ihr mitgeteilt, dass sie in Deutschland arbeiten kann, für den Subunternehmer eines Wurstherstellers. Mit Hilfe dieses Jobs, hofft Viktoria, wird sie genug Geld für Kind und Oma nach Hause schicken und den Wohnungskredit abzahlen können. Schließlich sind rund 1000 Euro netto

im Monat gutes Geld – besonders wenn sie in ungarische Forint umgerechnet werden. Am 5. November 2012 betritt Viktoria erstmals das Gelände der Wurstfabrik. Ihre Aufgabe: Sie soll abgepackte Wurst von einem Fließband in Kartons räumen und diese auf Paletten. Die gelernte Rettungssanitäterin ist nicht die einzige, die sich auf eine weite Reise gemacht hat in der Hoffnung auf einen anständigen Job: 41 Ungarn arbeiten im November 2012 in der Fabrik, erklärt das Subunternehmen auf Nachfrage von Hinz&Kunzt.

Zu dritt in einem Zimmer

Die Subunternehmer bringen die Wanderarbeiter auf dem flachen Land unter. Viktoria wohnt in einer „Monteurunterkunft“. So nennt der Vermieter das Haus mit dem langen Flur und den vielen Dreibettzimmern. Eines misst rund 15 Quadratmeter, dazu ein kleines Duschbad. Schlicht, aber auf den ersten Blick funktionsfähig. 320 Euro monatlich – pro Kopf! – beträgt die Miete, erzählen die Arbeiter. Die Hälfte bekommen sie von ihrem Lohn abgezogen, die andere Hälfte zahlt der Arbeitgeber. Ein gutes Geschäft für den Vermieter, denke ich. 960 Euro monatlich pro Zimmer – und das in der tiefsten Provinz. Auf dem freien Markt finden sie nichts, klagen die Ungarn. Niemand möchte an Menschen vermieten, die von heute auf morgen ohne Geld dastehen könnten.

Die meisten sind weniger über den Mietpreis empört als darüber, dass sie mit wildfremden Menschen in einem Zimmer leben müssen. Durch die Schichtarbeit gibt es ständig Spannungen. Das Wort Privatsphäre ist unbekannt. Während die einen sich gerade Essen kochen, müsste der andere schla-

Kürzlich haben mehrere Discounter eine neue Runde im Preiskampf eingeläutet. Wurst und Fleisch sind noch BILLIGER geworden. Den Preis dafür zahlen vor allem Wanderarbeiter, die für dubiose Subunternehmer in den Fabriken arbeiten.



*Wer ruhigen Gewissens Würst
oder Fleisch essen möchte, sollte
sich schlau machen darüber, unter
welchen **BEDINGUNGEN** die
Produkte hergestellt wurden, die er
verzehrt. Mehr Infos im Internet
unter www.foodwatch.org.*

fen – aber wie, wenn es nur einen Raum gibt? Auch die vielen Umzüge nerven. Manchmal, so die Arbeiter, erfahren sie erst am Morgen von einem Vorgesetzten, dass sie noch am gleichen Tag in ein anderes Haus wechseln sollen. Manche sind innerhalb von drei Monaten vier- bis fünf Mal umgezogen. Offenbar gibt es Probleme, Unterkünfte für die Wanderarbeiter zu finden.

Lohn aus der Plastiktasche

Lohn zahlen die Subunternehmer aus einer Plastiktasche. Gleich zu Beginn, berichtet Viktoria, bekommt jeder 50 Euro auf die Hand, um die ersten Wochen zu überstehen. Später noch mal einige hundert Euro bar. Auf die versprochenen 1000 Euro netto im Monat kommt Viktoria nie, trotz Schicht- und Wochenendarbeit. Lohnabrechnungen erhält sie erst Anfang Februar 2013 – rund drei Monate nach ihrem ersten Arbeitstag in der Wurstfabrik. Viktoria und ihre Landsleute denken anfangs, dass ihre Papiere bald in Ordnung gebracht werden, dass das nur eine Frage der Zeit ist. Schließlich arbeiten sie in Deutschland, in einer großen Fabrik. Da kann man doch nicht schwarz beschäftigt werden, ohne Krankenversicherung, ohne Papiere.

Dann kommen die ersten Arbeitsunfälle und Erkrankungen. Die meisten ungarischen Arbeiter trauen sich nicht zum Arzt. Sie haben keine Versichertenkarte. Viele erhalten diese Karte erst im Januar 2013 – obwohl ihnen der Arbeitsvermittler geschrieben hat, ihre Arbeitgeber, die Subunternehmer, würden sich um die Anmeldung bei einer Krankenkasse kümmern.

Selbstständige Unternehmer?

Nach zehn Tagen Arbeit in der Fabrik, Mitte November 2012, erhalten Viktoria und andere Ungarn erstmals Verträge. Ein Mitarbeiter des Subunternehmers habe sie verteilt und gegengezeichnet. Viktoria zeigt mir den Vertrag. Er ist auf Deutsch verfasst. Kaum einer der Wanderarbeiter beherrscht die deutsche Sprache. Eine Übersetzung erhalten sie dennoch nicht. Die meisten unterschreiben. Sie haben

Angst, andernfalls wieder nach Hause geschickt zu werden. Auch Viktoria setzt ihre Unterschrift unter den Vertrag, dessen Inhalt sie nicht versteht. Was sie sieht: Von „8 Euro“ ist in dem Papier die Rede. Diese Zahl kennt sie: 8 Euro pro Stunde waren Viktoria und den anderen vom Arbeitsvermittler versprochen worden - und Zuschläge für Arbeit an Wochenenden und Feiertagen.

Viktorias Vertrag ist allerdings kein Arbeitsvertrag, sondern ein Werkvertrag. Ob sie den Unterschied kenne, frage ich sie. Nein, sagt sie. Ich frage sie, wem sie ihre Rechnungen gegeben hat. Sie versteht die Frage nicht. „Sie waren laut Vertrag doch selbstständige Unternehmerin“, erkläre ich ihr. Damit kann sie nichts anfangen. „Ich selbstständig? Ich stand doch nur den ganzen Tag am Fließband wie alle anderen.“

Laut ihres Werkvertrags sollte Viktoria „8 Euro pro 10 produzierte Paletten“ erhalten – von einem Stundenlohn kein Wort. Im Schnitt habe sie für eine Palette etwa 50 Minuten gebraucht, sagt Viktoria, an guten Tagen ging es etwas schneller. Ich erkläre ihr, was in dem Vertrag steht, und sie versteht erst jetzt, was sie unterschrieben hat: An einem normalen Arbeitstag packte sie 10 Paletten und hatte damit laut Vertrag nur 8 Euro verdient. Ein Hungerlohn? Nein, nicht einmal das.

Der Rausschmiss

An einem Abend Anfang Juni 2013 erreicht mich ein Anruf aus der Monteurunterkunft: Viele Ungarn werden gerade rausgeschmissen, erzählt aufgeregt eine Betroffene. Vor dem Haus stehen aufgeregte Menschen. Der Vermieter fährt in einem dicken Wagen vor. Die Stimmung ist geladen, der Hausherr brüllt auf die Menschen ein. „Packt ein, steht hier nicht rum!“ Das Subunternehmen habe kein Geld mehr überwiesen, sagt der Vermieter. Doch wo sollen die Wanderarbeiter hin?

Die meisten resignieren. Viele fahren in die Heimat zurück oder versuchen ihr Glück anderswo. Viktoria sagt: „Als ich nach Deutschland ging, war ich voller Hoffnung.“ Heute warnt sie ihre Freundinnen vor den Angeboten dubioser Arbeitsvermittler im Internet. ●